

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

162. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 8.5.2014

Dringlicher Antrag

Volksabstimmung über TTIP

Die Arbeiterkammer Wien fordert eine Volksabstimmung zum Freihandels- und Investitionsabkommen der EU mit USA.

Die AK Wien fordert das österreichische Parlament sowie alle österreichischen EU ParlamentarierInnen auf, keinem TTIP Freihandelsvertrag zuzustimmen, der nicht durch eine vorangehende Volksabstimmung legitimiert wurde.

Ein Freihandelsabkommen mit Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und den USA greift derart massiv in die Rechte und das tägliche Leben der BürgerInnen ein, dass hier eine Ratifizierung durch das Parlament nicht ausreichend erscheint - ähnlich dem EU Beitritt, wo ja auch eine Volksabstimmung zwingend notwendig war.

Diese Verhandlungen finden bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Es werden also Dinge des öffentlichen Rechtes unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt.

Nach derzeitigem Verhandlungs- und Erkenntnisstand handelt es sich bei diesem Vertrag durch die Umgehung des österreichischen Rechtssystems de facto um eine „stille Privatisierung“ des österreichischen Rechtssystems. Entscheidungen über Konsumentenschutz, Umweltschutz, Arbeitsrecht u. a. wichtige Belange würden in ein Schiedsgericht ausgelagert werden, das aber nicht aus österreichischen Richtern bestehen würde, sondern aus von LobbyistInnen und Großkonzernen bestellten amerikanischen AnwältInnen, die hier endgültig und ohne die Möglichkeit einer Berufung durch ein ordentliches österreichisches Gericht entscheiden würden. Es gäbe gegen diese Entscheidungen dann kein ordentliches Rechtsmittel mehr, es gäbe auch keine Möglichkeit der Berufung gegen diesen Entscheid bei einem ordentlichen Gericht.

Die Vertragsinhalte des fertig verhandelten und ausformulierten Vertrages sollen jedenfalls den österreichischen PolitikerInnen aller Ebenen, Behörden, NGO's ebenso wie allen interessierten BürgerInnen vollständig und uneingeschränkt für einen angemessenen Zeitraum zur Begutachtung vorgelegt werden (- ein Jahr wäre durchaus angemessen), bevor die Volksabstimmung endgültig darüber entscheiden soll, ob dieser Vertrag vom österreichischen Parlament angenommen werden soll.

Darüberhinaus sprechen auch noch einige demokratiepolitische Überlegungen für eine Volksabstimmung:

- 1) im Falle eines positiven Vertragsabschlusses erscheint eine Legitimation per Volksentscheid als zwingend notwendig, da ansonsten die EU-Skepsis in der Bevölkerung weiter anwachsen und möglicherweise sogar das Projekt Europa gefährden könnte. Die BürgerInnen müssen die Gewissheit haben, am Entscheidungsprozess direkt beteiligt zu sein, um diese Entscheidung später auch mit Überzeugung mittragen zu können. Der Anschein eines „Diktats von oben“ muss verhindert werden.
- 2) Die Inhalte des TTIP sind enorm umfangreich und komplex, gleichzeitig aber auch richtungsweisend für die nächsten Jahrzehnte. Je breiter und umfassender die öffentliche Diskussion zu diesem Thema angelegt ist, desto eher wird fachkundigen interessierten BürgerInnen die Gelegenheit gegeben, ihr Fachwissen und ihre Erfahrungen einzubringen.
- 3) Schon die bloße Aussicht auf eine kommende bindende Volksabstimmung würde dazu führen, dass die Verhandlungen einerseits transparenter und offener geführt werden als bisher, andererseits würden wahrscheinlich auch etwaige strittige Punkte schon vorher entschärft. Der Populismus in der Argumentation würde verringert, die Qualität der Argumente in der öffentlichen Debatte würde durch mehr und bessere Informationen verbessert. Der gesamte Entscheidungsprozess würde auf eine breitere Basis gestellt werden.
- 4) Zu bedenken sind auch die positiven Erfahrungen, die Österreich bisher mit Volksabstimmungen gemacht hat (z.B. AKW Zwentendorf). Die Ergebnisse dieser Abstimmungen kann man auch im Nachhinein als die richtige Entscheidung ansehen, die Akzeptanz dieser Entscheidungen ist nach wie vor hoch.